

MEHR WISSEN ÜBER DEN KAPITALMARKT

Warum bereits junge Menschen mehr Informationen über das Ansparen benötigen und was es insgesamt braucht, um den Aktienmarkt zu stärken.



Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



INTERNATIONAL CORNER
Faire Regeln für
eine neue Weltordnung

Seite 2



FACHKRÄFTE
Trotz Krise sucht die
Industrie dringend Fachkräfte

Seite 5



WIEN
6. Wiener
Innovationskonferenz

Seite 11

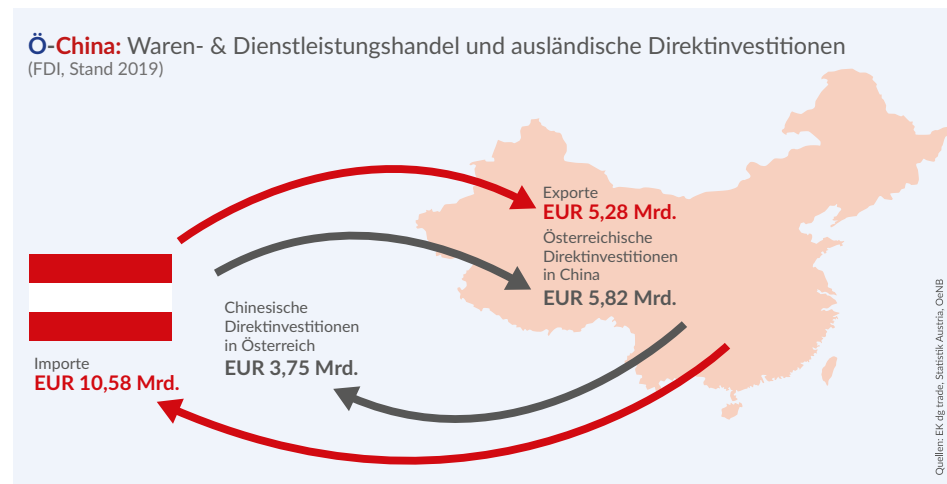
Faire Regeln für eine neue Weltordnung

Wie das EU-China-Investitionsabkommen eine Chance für Europa sein kann und an welchen weiteren handelspolitischen Schrauben gedreht werden sollte, haben IV-Experten für internationale Beziehungen & Märkte analysiert.

China wird die USA bereits 2028 als größte Volkswirtschaft der Welt ablösen – und damit fünf Jahre früher als erwartet. Die Prognose des britischen Centre for Economics and Business Research sorgte zu Jahresbeginn für Schlagzeilen. Nicht minder aufsehenerregend und historisch wohl einzigartig ist der kometenhafte Aufstieg des Reichs der Mitte in gerade einmal 40 Jahren: Seit 1980 ist Chinas Anteil am weltweiten BIP von zwei auf 20 Prozent gestiegen.

Besserer Marktzugang, Schutz geistigen Eigentums

Was bedeutet das für Europa und vor allem für das Exportland Österreich? Immerhin führen nicht weniger als 650 heimische Unternehmen Niederlassungen in China, davon rund 250 mit Produktionsstätten. Welche Chancen und Risiken sind mit dem dramatischen wirtschaftlichen Wandel verbunden? So groß die wirtschaftlichen Möglichkeiten, so notwendig ist auch der Handlungsbedarf. Denn die aktuellen Wettbewerbsregeln spiegeln eine veraltete Weltordnung wider und müssen dringend an die neuen geo- und wirtschaftspolitischen Realitäten angepasst werden. Benachteiligter Zugang für Firmen zu wichtigen Märkten, erzwungene Technologietransfers, unlautere staatliche Subventionen etc. – für heimische



China ist ein wichtiger Handelspartner für Österreich. Etwa 650 österreichische Unternehmen haben Niederlassungen in China, davon rund 250 mit Produktionsstätten. Rund 100 chinesische Unternehmen sind in Österreich aktiv (in Form von Niederlassungen oder durch Beteiligungen).

Unternehmen ist der internationale Wettbewerb derzeit nicht immer fair, lautet die Analyse der IV-Experten.

Transparenz bei Subventionen

Gegensteuern soll ein Investitionsabkommen, auf das sich EU und China bereits grundsätzlich verständigt haben und das Anfang nächsten Jahres beschlossen werden könnte. Jedenfalls berücksichtigt es wesentliche Ziele, auf die auch Österreichs Industrie gedrängt hat: besserer Marktzugang für europäische Unternehmen, etwa

bei Telekommunikation, Banken und Versicherungen, sowie mehr Schutz geistiger Eigentumsrechte oder erhöhte Transparenz bei Subventionen. Ebenfalls wichtig: China bekennt sich im Abkommen zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Das ist aus zwei Gründen essenziell: Einerseits hilft es dem globalen Klima, denn China ist weltweit der größte CO₂-Emittent. Pro Kopf und Jahr stoßen chinesische Bürger rund 7,5 Tonnen CO₂ aus und damit mehr als EU-Bürger (6,8 Tonnen CO₂). Andererseits sorgt das auch für faire Wettbewerbsbedingungen für

Unternehmen („Level Playing Fields“), die im klimafreundlicheren Europa produzieren und Arbeitsplätze sichern.

Das Investitionsabkommen wäre ein wichtiger Baustein für fairen Wettbewerb mit China. Insgesamt muss die Zusammenarbeit auch in internationalen Organisationen vertieft werden: Auf WTO-Ebene wäre Chinas Beitritt zum „Government Procurement Agreement“ notwendig. Hier wird das öffentliche Beschaffungswesen geregelt. Ebenso sollte der weltweit größte Stahlproduzent China wieder im „Global Forum on Steel Excess Capacity“ der OECD und G20 mitarbeiten, um Überkapazitäten im Stahlbereich entgegenzutreten. Handlungsbedarf gibt es auch beim EU-Wettbewerbs- und Beihilfenrecht: Wenn EU-Drittstaaten ihren Unternehmen mit staatlichen Subventionen einen Vorteil bei der Auftragsvergabe verschaffen, muss gegengesteuert werden. Ebenfalls nötig: mehr Reziprozität bei Marktzugang für Waren, Dienstleistungen und Subventionen.

Europäische Unternehmen sind beim Handel mit China benachteiligt. Das gefährdet Arbeitsplätze, Lebensqualität und Wohlstand hier in Europa. Ebenso wie beim Fußball die Regeln permanent aktualisiert werden, sind auch in der Handelspolitik laufend Reformen notwendig.

GASTKOMMENTAR

Marktwirtschaft gegen das Virus

Die staatliche Planung der Corona-Impfungen führt zu Chaos – mit marktwirtschaftlichen Instrumenten könnten die besonders mobilen Teile der Gesellschaft zum Nutzen aller geschützt werden.

Das Planwirtschaft nicht funktioniert, sollte sich spätestens ab dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa 1989 herumgesprochen haben. Hat es aber nicht. Nicht einmal an die Spitzen eigentlich von konservativen Parteien geführter Staaten wie Österreich und Deutschland. Diese Länder erlebten in den vergangenen Monaten wöchentlich, manchmal auch innerhalb von Tagen erneuerte Impfpläne, die dann – Überraschung! Überraschung! – innerhalb kürzester Zeit verworfen werden mussten.

„Impf-Chaos“ titelten nicht nur österreichische Medien: Hier, wie in Deutschland, wurden alle möglichen „Schuldigen“ dafür gesucht (und angeblich gefunden): Das „Vordrängen“ Einzelner wurde ebenso genannt wie die ferne EU-Bürokratie, der Föderalismus ebenso wie das Gewinnstreben der pharmazeutischen Industrie.

Regelmäßig wurde gefordert und von Politikern versprochen, dass den Verzögerungen beim Impfen durch bessere, detailliertere und konsequenter umgesetzte Planung beizukommen wäre: Wer darf, wer soll, wer muss rasch geimpft werden – und was soll daraus für die glücklich Geimpften folgen? Die Betroffenen, von denen einige gar nicht, andere dafür möglichst bald gegen das Corona-Virus geimpft werden wollen, werden sicherheitshalber nicht

gefragt – sondern auf eine überforderte Registrierungs-Bürokratie verwiesen.

Vielleicht kann man die Politiker, die hilflos betauern, ohnehin ihr Bestes zu tun, daran erinnern, dass das Beste, was Politiker tun können, eine demütige Relativierung der

„Der Staat hat in einer Krise bedeutende Aufgaben. Aber er kann sie nicht alle selbst lösen – manches kann die Marktwirtschaft besser.“

an den Staat herangetragenem Allmachtvorstellungen ist. Ja, der Staat hat in einer Krise bedeutende Aufgaben. Aber er kann sie nicht alle selbst lösen – manches kann die Marktwirtschaft besser. Ein wenig wurde diese ja auch in der Beschaffung der Corona-Impfstoffe erprobt – und sie hat

sich ausgezeichnet bewährt: Die EU hat als Großabnehmer einen guten Einkaufspreis für die Impfstoffe ausverhandelt, die Unternehmen liefern, was für diesen Preis eben möglich ist. Gut so, richtig so – und in den kommenden Wochen wird mehr Impfstoff geliefert werden, als in der EU überhaupt verimpft werden kann.

Natürlich kann auch die Marktwirtschaft nicht alles. Aus gutem Grund präferiert man im deutschen Sprachraum eine soziale, womöglich öko-soziale Marktwirtschaft. Bezogen auf die Impfstoffverteilung hieße das: Man muss durchaus planvoll Vorsorge treffen, dass besonders gefährdete Personen Zugang zur Impfung haben – aber selbst da kann man von der Wirtschaft lernen. Versicherer wissen Risiken nach Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit zu bewerten. Also: Ja, alte Menschen laufen Gefahr, bei einer Corona-Erkrankung schweren Schaden zu nehmen – aber sie haben auch weniger riskante Kontakte, bei denen Ansteckung drohen würde.

Manager und Politiker, Außendienstmitarbeiter und Pflegekräfte, Lehrer und ganz allgemein junge Leute haben wesentlich mehr und wesentlich schwerer zu unterbindende Kontakte. Und sie haben in der Regel genügend Geld, die Impfung auch zu bezahlen oder (als betriebliche Sozialleistung, wir sind immer noch bei sozialer Marktwirtschaft!) bezahlt zu bekommen.

Wenn einige zehntausend Menschen bereit sind, sagen wir: 150 Euro pro Impfung (so viel musste man im letzten Frühjahr für einen jener Tests zahlen, die jetzt gratis sind) zu zahlen, wäre man Diskussionen ums Vordrängen los, hätte ein paar Millionen Körpergeld eingespielt und die „geplanten“ Gratisimpfungen von Alten und Vorerkrankten würden nur unwesentlich verzögert. Und weil die Pharmaindustrie eben marktwirtschaftlich agiert, würden die Preise mit dem steigenden Angebot sinken.



Conrad Seidl arbeitet unter anderem als Innenpolitik-Redakteur bei der Tageszeitung „Der Standard“.

Foto: Leander Seidl

Endlich impfen, impfen, impfen!

Bei der Umsetzung der Impfstrategie zählt jeder Tag – vor allem für die österreichischen Unternehmen, die im harten internationalen Wettbewerb stehen. Ihre Einbindung in die Teststrategie ist ein wichtiger (Zwischen-)Erfolg.

Der Weg in die Zukunft liegt auf der Hand: Impfstrategie und Gesundheitspolitik müssen endlich dafür sorgen, dass es ab Verfügbarkeit der Impfstoffe mit dem Durchimpfen der Bevölkerung schnell geht. Schlampereien und Verzögerungen sind vollkommen inakzeptabel. Hier zählt jeder Tag – für die Gesundheit, aber auch für unsere Unternehmen. Gerade für unsere exportorientierte Industrie ist es entscheidend, dass Schlüsselarbeitskräfte nach den vulnerablen Gruppen priorisiert und entsprechend zeitnah geimpft werden. Wenn wir nicht bei unseren Kunden im Ausland sein können, werden andere die Chancen auf Wertschöpfung und Arbeitsplätze nutzen.

Bis zum breiten Ausrollen der Impfung spielen breitflächige Tests eine zentrale Rolle. Dass unsere Unternehmen einen großen Beitrag für Gesundheit und Schutz ihrer Mitarbeiter leisten, sieht man nun auch beim betrieblichen Testen. Dass wir erreichen konnten, dass betriebliche Testungen Teil der nationalen Teststrategie sind, ist ein wichtiger Erfolg für uns alle. Die Nachfrage ist enorm. Und unsere Unternehmen werden beim Schutz der Gesundheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter endlich auch entsprechend unterstützt. Das ist eine Win-win-Situation für Menschen und Unternehmen, die allen ein Mehr an Sicherheit bringt (siehe auch Bericht auf Seite 4).

Für die nächsten Monate gilt: Wir haben den Großteil des Weges hinter uns, die restliche Strecke für ein sicheres Leben und Wirtschaften nach bzw. mit Corona müssen wir noch gemeinsam schaffen. Gleichzeitig müssen wir die Weichen für den Aufschwung stellen, für den es attraktive Rahmenbedingungen und sicher keine neuen Steuern oder Belastungen braucht. Ein wichtiges Handlungsfeld zur Verbesserung der Eigenkapital-situation von Betrieben ist der Kapitalmarkt, dem die aktuelle Titelgeschichte unserer iv-positionen gewidmet ist.

Unsere Industrie und die mit ihr verbundenen Sektoren haben gemeinsam – so man sie gelassen hat – das Land am Laufen gehalten. Diese Unternehmen sorgen auch auf dem Weg aus der Krise am besten für Wertschöpfung, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit, wenn man sie lässt – und ihnen jene Rahmenbedingungen gibt, die für eine neue Erfolgsgeschichte nach der Krise notwendig sind.

Ihr



Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



„Die individuelle Freiheit funktioniert nur mit Verantwortung.“

Christiane Druml
Vorsitzende
der Bioethikkommission



„Wenn sich Handelsströme verlagern, dann aufgrund der Handelsrestriktionen. Globale Lieferströme haben sich etabliert, und das hatte ja gute Gründe.“

Herbert Eibensteiner
Vorstandsvorsitzender
der voestalpine AG



„Wir sind in einer Situation, in der offensichtlich wird, dass Investitionen in die digitale Infrastruktur für einen Standort zur Überlebensfrage werden. Und hier stehen wir aktuell an einer Weggabelung, an einem substanziellen Wendepunkt.“

Thomas Arnoldner
Generaldirektor
der Telekom Austria AG

WIRTSCHAFTS-UNTERNEHMEN

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 8. März war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie finden Sie unter www.iv.at.

AKTUELLES IN KÜRZE

POSTING DES MONATS



GRAFIK DES MONATS

Digitalisierung erfordert Qualifikation

86 Prozent der Unternehmen erwarten eine weitere Verschärfung der Personalsituation in MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) aufgrund der Digitalisierung. Die weit überwiegende Mehrheit verortet diese Probleme ausschließlich in

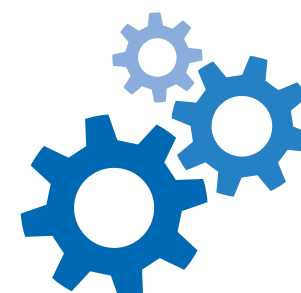
„bekanntem Mangelfächern“ wie Informatik, Maschinenbau, Elektrotechnik oder im Bereich Industrie 4.0. Nur jedes dritte Unternehmen zum Teil auch in „neuen“ Qualifikationsfeldern. Das geht aus der jüngsten IV-MINT-Erhebung hervor. Informationen dazu finden Sie unter www.iv.at.



ZAHL DES MONATS

1

Auch bei Österreichs Industrie hat die Corona-Krise tiefe Spuren hinterlassen. Und doch: Während in anderen europäischen Ländern die Industrieproduktion gesunken ist, ist sie hierzulande sogar gestiegen. Von November 2019 bis November 2020 hat die heimische Industrieproduktion um 1 Prozent zugelegt. Im gleichen Zeitraum ist sie in der Eurozone um rund 0,6 Prozent gesunken. Das zeigt, dass sich Österreichs Industrie auch unter schwierigsten Rahmenbedingungen behaupten kann.



Betriebliche Testungen wesentlicher Baustein für nationale Teststrategie

Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag für den Schutz ihrer Beschäftigten und zur Eindämmung der Pandemie.

Flächendeckende, regelmäßige COVID-Tests in der Bevölkerung sind ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Ein niederschwelliger Zugang zu den Testungen ist dafür wesentlich. Industrie und Wirtschaft haben im Februar erreicht, dass betriebliche Tests Teil der nationalen Teststrategie werden. Das heißt: In den Be-

trrieben durchgeführte Tests werden behördlichen Tests gleichgestellt, können also zum Beispiel als Zutrittstests verwendet werden. Und: Die Betriebe erhalten einen Kostenbeitrag für jeden durchgeführten und gemeldeten Test.

abgewickelten Test vom Bund ein Kostenbeitrag von 10 Euro bezogen werden.

Verfügbare Ressourcen und Möglichkeiten nutzen

Bereits in den ersten Tagen war die Nachfrage seitens der Betriebe enorm: Nach dem ersten Monat haben sich bereits 1.247 Betriebe als Teststationen registriert – rund 625.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können damit



V.l.n.r.: IV-GS Christoph Neumayer, WKO-GS Karlheinz Kopf, Christiane Wenckheim (Aufsichtsratsvorsitzende Ottakringer Getränke AG), Alfred Hudler (Vorstand Ottakringer Getränke AG), Tobias Frank (Vorstand Ottakringer Brauerei)

Ein gutes Beispiel, wie heimische Unternehmen erfolgreich für Sicherheit und Schutz ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ihrer Kundinnen und Kunden sorgen, ist die Ottakringer Brauerei in Wien. Bei einem Besuch konnte sich IV-Generalsekretär Christoph Neumayer im Februar ein Bild von der dortigen Teststraße machen. Tobias Frank, Geschäftsführer und 1. Braumeister der Ottakringer Brauerei erklärte dabei: „Um eine sichere Produktion zu gewährleisten gelten bei uns schon immer restriktive Hygienemaßnahmen. Dass wir jetzt auch, um das Infektionsrisiko möglichst gering zu halten, wöchentliche freiwillige Antigen-Tests anbieten, ist eine wichtige Ergänzung. Der Schutz unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und damit unseres Unternehmens, hat für uns oberste Priorität.“

erreicht und ihnen ein niederschwelliges, unbürokratisches Testangebot zur Verfügung gestellt werden. „Eine kluge Teststrategie ist der richtige Ansatz, um die Ausbreitung der Infektionen nachhaltig verringern zu können. Dazu müssen alle verfügbare Ressourcen und Möglichkeiten einbezogen und genutzt werden. Es ist daher erfreulich, dass es uns gelungen ist, die in Betrieben durchgeführten COVID-Tests als integralen Bestandteil

der nationalen Teststrategie zu verankern“, erklärte IV-Präsident Georg Knill.

WEBTIPP

Alle Infos zu betrieblichen Testungen, Testkits und Kostenersatz sowie praktische Tipps zur Einrichtung einer Teststraße sind auf www.wko.at/betriebe-testen zu finden.

**BETRIEBLICHE CORONA-TESTUNGEN:
UNTERNEHMEN LEISTEN EINEN GROSSEN BEITRAG**

Schon nach einem Monat beteiligen sich **1.247** Unternehmen mit rund **625.000** Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an den betrieblichen Corona-Testungen.

Für Sicherheit und Schutz der Menschen.



Seit Ausbruch der Pandemie leisten heimische Unternehmen in der Industrie einen massiven Aufwand für Sicherheit, Schutz

Welche Schwerpunkte der europäische Wiederaufbaufonds setzen sollte

Die Industrie plädiert dafür, die Mittel zur Unterstützung der klimapolitischen und digitalen Transformation einzusetzen.

Die EU-Institutionen haben sich Ende 2020 auf den zeitlich begrenzten europäischen Wiederaufbaufonds „Recovery & Resilience Facility“ verständigt. Dieser soll in den nächsten drei Jahren den post-COVID Aufschwung unterstützen. Je nach Wirtschaftslage entfallen auf

die EU-Länder unterschiedliche Anteile des Wiederaufbaufonds – für Österreich sind etwas mehr als drei Milliarden Euro vorgesehen. Davor sind die Mitgliedstaaten jedoch aufgerufen, bis spätestens Ende April Pläne vorzulegen, wie diese Mittel eingesetzt werden. Bereits frühzeitig hat die IV konkrete Vorschläge eingebracht, wie diese Gelder

zielgerecht für zukunftsrelevante Investitionen verwendet werden sollten.

Auf zusätzliche Investitionen abzielen

So empfiehlt die Industrie, die Mittel vor allem zur Unterstützung der klimapolitischen und digitalen Transformation einzusetzen. Orientierung bietet eine Vorgabe der Europäischen Kommission, wonach mindestens 37 Prozent des Fonds in den Bereich Klima und 20 Prozent in den Bereich Digitales fließen sollen. Wesentlich wäre es, wenn die Mittel möglichst auf zusätzliche Investitionen abzielen. Konkret sollten die Gelder genutzt werden, um die energieintensive Industrie aktiv bei ihren Investitionen zur klimapolitischen Transformation zu unterstützen. Angesichts der geplanten Klimaneutralität und den damit verbundenen Herausforderungen wäre das ein Gebot der Stunde. Zudem bietet der Wiederaufbaufonds Gelegenheit,

eine Teilnahme österreichischer Technologieunternehmen an neuen IPCEI-Projekten („Important Projects of Common European Interest“) sicherzustellen, insbesondere für die geplanten IPCEIs Mikroelektronik II, Wasserstoff und CO₂-arme Industrie.

Wertschöpfungspotenziale in zentral- und osteuropäischen Nachbarstaaten

Doch für die heimische Industrie ist nicht nur die Mittelverwendung in Österreich selbst entscheidend. Der Fonds bringt auch in den zentral- und osteuropäischen Nachbarstaaten Wertschöpfungspotenziale, schließlich entfallen auf die EU-Mitgliedstaaten in dieser Region insgesamt knapp 70 Milliarden Euro. Entsprechend steht die IV auch mit ihren europäischen Schwesterverbänden in engem Austausch zu den Plänen der jeweiligen Regierungen. Die Bereitstellung erster Gelder ist ab dem Sommer geplant.



Trotz Krise sucht die Industrie dringend Lehrlinge

Warum Corona auf die wichtige Lehrlingsausbildung gravierende Auswirkungen hat, zeigt eine aktuelle Studie. Unternehmen sind mit einem quantitativen und qualitativen Rückgang bei den Bewerbungen konfrontiert.

Was viele Unternehmen schon länger spüren, wird jetzt durch eine gemeinsame Studie von Industriellenvereinigung und zukunft.lehre bestätigt: 40 Prozent der Industrieunternehmen erleben einen quantitativen Rückgang bei den Bewerbungen für eine Lehrstelle, 37 Prozent einen qualitativen – das beste Drittel fehlt.

Als Grund dafür nennen die Betriebe zualerster den Ausfall von Schnuppermöglichkeiten für Jugendliche in den Unternehmen. Die schulische Bildungs- und Berufsorientierung ist für Tatjana Gertner-Schaschl, Aufsichtsrats-Vorsitzende der Treibacher Industrie AG und Vorsitzende der IV-Task Force Fachkräfte und Lehre, nur bedingt ein Ersatz: „Jetzt rächt es sich leider, dass die Berufsorientierung entgegen Forderungen der Industrie und Wirtschaft stets als bildungspolitisches Stiefkind behandelt wurde.“ Und das, angesichts der belastenden Gesamtsituation für die Jugendlichen und großen Herausforderungen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Insgesamt hat es die Industrie bisher geschafft, die Lehrlingszahlen in der Krise stabil zu halten. Im 1. Lehrjahr sind seit Herbst jedoch Rückgänge zu verzeichnen. Insgesamt stehen derzeit in Österreichs Betrieben kurz- und mittelfristig über 18.000 Lehrstellen frei.

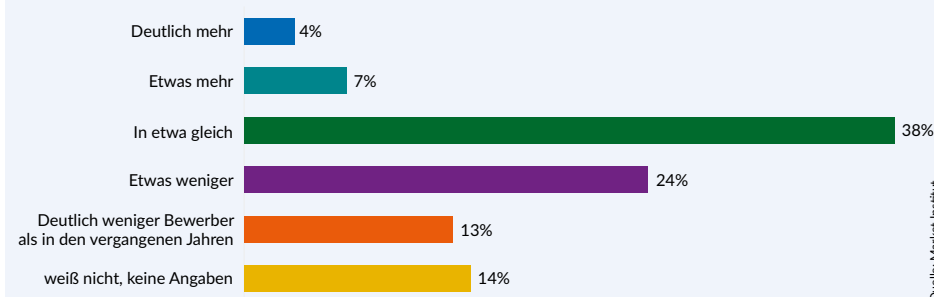
Zusätzliche Berufsorientierung nötig

Ein weiterer Faktor: Mit der Möglichkeit, auch mit mehreren Nichtgenügend aufzusteigen, sind zahlreiche Jugendliche „taktisch“ im Schulsystem verblieben,



Wie Lehrbetriebe die quantitative Veränderung der Lehrstellenbewerber in der Krise wahrnehmen

Wie beurteilen Sie die Anzahl der Bewerbungen im Vergleich zu den vergangenen Jahren.



4 von 10 Betrieben berichten von aktuell spürbar weniger Lehrstellenbeobachtungen als noch im Vorjahr – sie haben nur etwa halb so viele Bewerberinnen und Bewerber.

anstatt in eine Lehrausbildung zu wechseln. Aus Sicht der IV sind solche krisenbedingt notwendigen „Erleichterungen“ dringend mit zusätzlicher Berufsorientierung (z.B. virtuelle Unternehmensbesuche,

Orientierungsgespräche) zu verknüpfen. Denn durch die Schulschließungen ist auch der Kontakt zu den Schülern verlorengegangen. Außerdem zeigt sich abermals die Relevanz einer zentralen IV-Forderung: „Wir

brauchen dringend eine strukturierte und qualitativ hochwertige Eingangsphase in die Lehre für alle angehenden Lehrlinge“, betont Gertner-Schaschl. Es könne nicht sein, dass die Lehre von Schulabbrüchen an AHS, HAK und HTL abhängig sei.

Die Berufsbildung ist – ergänzt durch berufliche Weiterbildung, eine kluge Migrationsstrategie und die Unterstützung weiblicher Arbeitskräfte – eine wichtige Säule jenes Fachkräftepotenzials, mit dem die Industrie den wirtschaftlichen Aufschwung nach der Krise gestalten will. Dabei hat die Industrie für junge Menschen viel zu bieten: Heimische Industriebetriebe nehmen rund 104.000 Euro für die qualitativ hochwertige Lehrlingsausbildung und somit für die Zukunft eines Jugendlichen in die Hand. Das ist mehr als in allen anderen Wirtschaftssparten. Neben einem überdurchschnittlichen Gehalt bietet die Industrie vorteilhafte Ausbildungsbedingungen und ausgezeichnete Karriereperspektiven.

#INDUSTRIE-FACT

Heimische Industriebetriebe nehmen rund **104.000 Euro** für die qualitativ hochwertige Lehrlingsausbildung und somit für die Zukunft eines Jugendlichen in die Hand, das ist mehr als in allen anderen Wirtschaftssparten.

Telekomgesetz neu: Chance für den digitalen Investitionsstandort nutzen

Der 5G-Ausbau zählt zu den wichtigsten Infrastrukturvorhaben unserer Zeit.

Das Telekomgesetz neu soll dafür die richtigen Weichen stellen und im Sommer beschlossen werden.

Bis zum Sommer soll die EU-Richtlinie über den europäischen Kodex für elektronische Kommunikation (EECC) in österreichisches Recht umgesetzt werden. Wichtigstes Ziel, das von der IV unterstützt wird: Anreize setzen, um Investitionen in Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetze („Netze mit sehr hoher Kapazität“) für die nächsten zehn Jahre zu sichern.

Verbesserungen zur Förderung des 5G-Ausbaus

Beim dafür notwendigen Entwurf für das Telekommunikationsgesetz neu (TKG 2020) sieht die Industrie positive Ansätze: So konnte die IV wichtige Anliegen einbringen, etwa Verbesserungen zur Förderung des flächendeckenden Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetzen. Um Österreich in Sachen Digitalisierung weiter voranzubringen, wirbt die Industrie allerdings auch für Nachschärfungen.

Konkret empfiehlt die IV Maßnahmen, um Verfahren zu beschleunigen sowie Kosten zu senken und damit den Ausbau der Hochgeschwindigkeitsnetze zu stärken und die Nutzung zu verbessern. Möglichkeiten dafür würde es etwa bei den Wege- und Leitungsrechten, Richtsätzen oder auch Haftungsregelungen geben. Beim Thema Konsumentenschutz ließen die europäischen Vorgaben Handlungsspielraum, um die Balance zwischen den Unternehmens- und Konsumenteninteressen auszutarieren. Notwendig wäre zudem noch eine Diskussion darüber, ob Hersteller von Komponenten eines Netzes für elektronische Kommunikation oder Bereitsteller von Dienstleistungen für solche Netze als „Hochrisikolieferant“ eingestuft werden sollen. Damit würde ein Totalabschluss auf Zeit möglich.

Investitionsfreundliches Umfeld schaffen

„Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetze sind nicht nur ein Konnektivitätsthema, sondern



vielmehr auch ein Thema, das Arbeitsplätze, Wettbewerb, Technologie, Innovation und damit den gesamten Standort betrifft“, betont IV-Vize-Generalsekretär Peter Koren. Daher habe das Regime für Netzausbau und Infrastrukturnutzung standortpolitische Priorität. „Das Gesetz bietet eine Chance, den digitalen Investitionsstandort Österreich

attraktiver zu gestalten. Diese gilt es zu nutzen“, so Koren. Spielraum würde der europäische Gesetzgeber jedenfalls ermöglichen, argumentiert die Industrie. Wichtig ist es, gemeinsam im Dialog mit der betroffenen Industrie ein investitionsfreundliches Umfeld zu schaffen.

Warum das so essenziell ist, belegen aktuelle Studien, die für Österreich ein Wachstumspotenzial durch Digitalisierung von bis zu 1,9 Prozent pro Jahr prognostizieren – allein Künstliche Intelligenz könnte bis 2035 jährlich 1,6 Prozent an zusätzlichem BIP ermöglichen. In Zahlen bedeutet das für Österreich bis zu 3,6 Milliarden Euro zusätzliches Wachstum pro Jahr, kumuliert über 10 Jahre läge der Effekt bei knapp 83 Mrd. Euro pro Jahr. Durch die Forcierung der digitalen Transformation könnten zudem 20.000 Arbeitsplätze pro Jahr entstehen. Eine Milliarde Euro an Investitionen in die Digitalisierung würden weitere 1,2 Mrd. Euro in der gesamten Wirtschaft auslösen.

Kapitalmarkt braucht Wissen und Politik

Ein funktionierender Kapitalmarkt ist ein wichtiger Erfolgsfaktor in fordernden Zeiten – und für einen nachhaltigen Aufschwung. Industriellenvereinigung und Aktienforum plädieren für mehr Kapitalmarkt看bildung und bessere Rahmenbedingungen.

Dass sich der Kapitalmarkt in der Wahrnehmung der Bevölkerung zwischen vermeintlich „bekanntem Unwesen“ und „unbekanntem Wesen“ bewegt, zeigt eine aktuelle Meinungsumfrage von Peter Hajek Opinion Strategies im Auftrag von Industriellenvereinigung und Aktienforum sehr klar: Nur 4 Prozent der 1.000 Befragten geben an, sich „sehr gut“ mit Veranlagungen an der Börse auskennen. „Fehlendes Wissen über den Aktienmarkt“ als Grund, warum man nicht am Aktienmarkt aktiv wird, trifft für 40 Prozent „voll“ und weitere 20 Prozent „eher zu“. Das mangelnde Wissen über den Kapitalmarkt ist den Befragten allerdings sehr wohl als Problem bewusst. Denn 44 Prozent halten Wirtschafts- und Finanzbildung in den Schullehrplänen für eine „sehr gute Idee“, um Österreicherinnen und Österreicher zu motivieren, an der Börse zu investieren. Und jeder Vierte, der noch nicht an der Börse veranlagt ist, zeigt sich prinzipiell am Kauf von Aktien, Anleihen oder Investmentfonds interessiert. Studienautor Peter Hajek: „Das Interesse der Menschen nach Spar- bzw. Anlagemöglichkeiten ist im Vergleich zu früheren Erhebungen auf einem hohen Niveau. Demgegenüber stehen aber eine durchaus selbstkritische Einschätzung über das eigene Börsenwissen sowie Vorbehalte gegenüber Wertpapierinvestments.“

Kapitalmarkt geht alle an

Auch wenn im Zeitvergleich der Anteil der Besitzer von Aktien und Anleihen gewachsen ist, ist für IV-Präsident Georg Knill klar: „Bei der Wirtschafts- und Finanzbildung gibt es eindeutig Aufholbedarf. Unter mangelndem Wissen leiden Menschen und Standort. Denn von der privaten Altersvorsorge bis zur Unternehmensfinanzierung geht uns ein starker Kapitalmarkt alle an. Gerade für den Aufschwung nach der Corona-Krise brauchen wir attraktive Rahmenbedingungen.“ Aktienforum-Präsident Robert Ottel unterstützt diese Argumentation nachdrücklich: „Die Antwort auf die Krise muss sein, den Kapitalmarkt zu stärken. Wir sehen in der Krise, wie wichtig der Kapitalmarkt für Unternehmen und Industrie als Stütze und Eigenkapitalgeber ist, diese Krise durchzutragen.“ Vor diesem Hintergrund haben Industriellenvereinigung und Aktienforum ein Drei-Säulenprogramm entwickelt, um den Kapitalmarkt zu stärken und für die Österreicherinnen und Österreicher attraktiv und zugänglich zu machen.

Literacy‘ und Wirtschaftsbildung mehr Gewicht verleihen, als eigenständigen Inhalt etablieren, attraktiver und bedeutsamer im Bildungsverlauf verankern“, erklärt Knill. In

„Dem Interesse der Menschen an Anlagemöglichkeiten steht eine durchaus selbstkritische Einschätzung über das eigene Börsenwissen gegenüber.“

Peter Hajek
Meinungsforscher

„Wir sehen in der Krise, wie wichtig der Kapitalmarkt für Unternehmen und Industrie als Stütze und Eigenkapitalgeber ist, diese Krise durchzutragen.“

Robert Ottel
Aktienforum-Präsident

Mehr Wirtschafts- und Finanzbildung

„Wirtschafts- und Finanzbildung gehören zur Grundbildung, gleichermaßen wie Lesen, Rechnen, Schreiben. Wir müssen ‚Financial

einem ersten Schritt soll es daher ein umfassendes Screening aller Lehrbücher auf bereits bestehende wirtschafts- und finanzrelevante Lehrinhalte geben. Anschließend sollen Experten aus dem Bereich der Wirtschaftspädagogik die Lehrmaterialien um notwendige Themen- und Aufgabenstellungen erweitern. Außerdem soll das Grundlagenwissen zu Wirtschafts- und Finanzthemen bereits ab der Sekundarstufe 1, also ab der Unterstufe oder Mittelschule, in die heimischen Schullehrpläne eingearbeitet werden. Ebenfalls wichtig: Österreich hat sich im Rahmen des Pisa-Tests am „Financial Literacy“-Tool bisher nicht beteiligt. Dies soll künftig regelmäßig erfolgen. Auch die neue „Stiftung für Wirtschaftsbildung“ soll einen Beitrag dazu leisten, damit Wirtschaftsbildung im Schulsystem das Gewicht erhält, das ihr zusteht.“

Bessere Rahmenbedingungen für die private Vorsorge

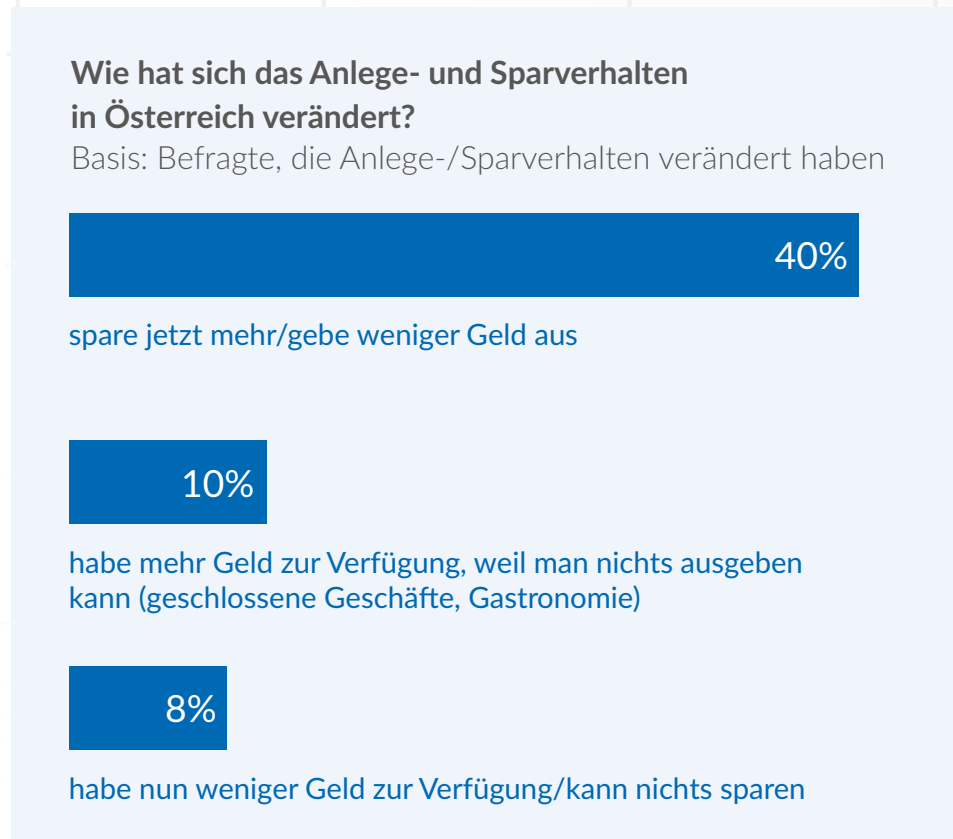
Österreich hat ein ausgesprochen teures staatliches und wenig nachhaltiges Pensionssystem. Im Durchschnitt der OECD-Länder tragen Kapitaleinkünfte inklusive

Betriebspensionen rund 18,4 Prozent zum Alterseinkommen bei. In Österreich sind es nur 5,8 Prozent. In Deutschland sind es hingegen 15,9 Prozent, in Ländern wie Großbritannien, Kanada oder der Schweiz liegen die Anteile über 40 Prozent. Industriellenvereinigung und Aktienforum fordern daher gezielte steuerliche Anreize, um die private betriebliche Altersvorsorge weiterzuentwickeln und den Vermögensaufbau zu fördern. Eine wichtige Maßnahme ist die Einführung einer einjährigen Spekulationsfrist. „Gerade in Anbetracht des anhaltenden Nullzinsumfelds für Sparanlagen wäre die Einführung einer Behaltefrist ein probates Mittel zur Stärkung der Anreize für den langfristigen

„Von der privaten Altersvorsorge bis zur Unternehmensfinanzierung geht uns ein starker Kapitalmarkt alle an. Gerade für den Aufschwung nach der Corona-Krise brauchen wir attraktive Rahmenbedingungen.“

Georg Knill
IV-Präsident

Vermögensaufbau und die Veranlagung in Wertpapieren“, so Knill. Weitere Forderung: Sowohl für Veräußerungsgewinne als auch für Dividenden sollte der KEST-Steuersatz wieder auf 25 Prozent reduziert werden.



Nur Schweden (30 Prozent) und Portugal (28 Prozent) verzeichneten 2016 höhere Steuersätze auf Dividenden als Österreich.

Breitere Palette für Unternehmensfinanzierung

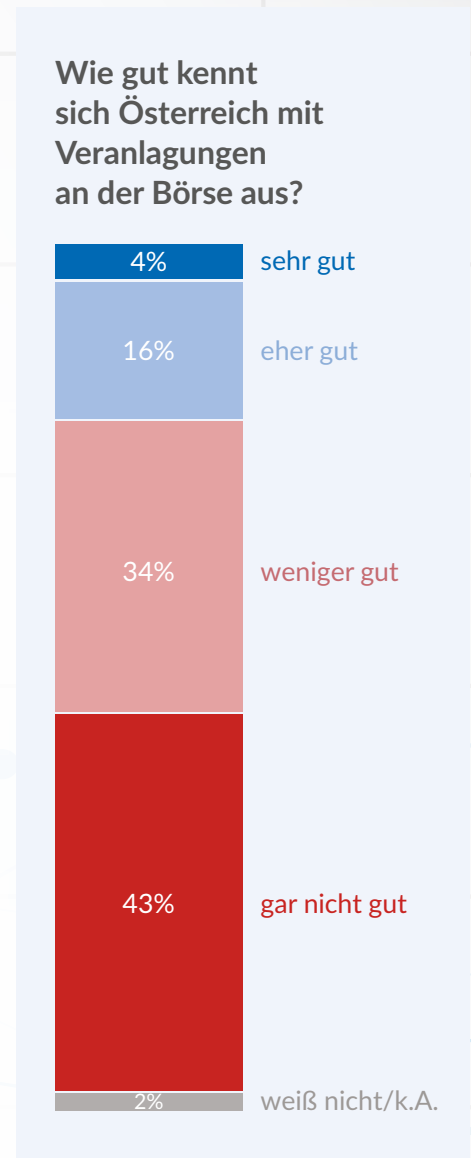
Die Corona-Krise hat deutlich gezeigt, wie wichtig attraktive Finanzierungsangebote für österreichische Unternehmen sind. „Der kleine österreichische Kapitalmarkt ist für den Standort extrem wichtig. Eine solide Unternehmensliquidität ist der Garant für Investitionen von morgen – und das schafft und sichert Arbeitsplätze“, so Aktienforum-Präsident Ottel. Daher plädieren IV und Aktienforum dafür, dass Zinsen auf Eigenkapital steuerlich verwertet werden können. „Als Bemessungsgrundlage könnte man den bisherigen Eigenkapitalstock heranziehen. Als Verzinsung könnte man sich am 12-Monats-Euribor inklusive eines Aufschlagsystems orientieren“, so Kapitalmarktexperte Ottel. Ein weiterer Faktor ist die Mitarbeiterbeteiligung: Für Unternehmen sind die Mitarbeiter ein stabiler Kernaktionär, für die Mitarbeiter selbst ist die Beteiligung ein enormer Mehrwert für die Altersvorsorge. In Österreich besteht bei der Mitarbeiterbeteiligung in börsennotierten Unternehmen (3 Prozent) noch Handlungsbedarf. In Frankreich liegt der Anteil bei 20 Prozent. Für langfristige Investments zwecks Altersvorsorge ist eine Steuerbefreiung unverzichtbar.

Generell soll das Finanzierungsangebot für heimische Unternehmen verbessert werden, um deren Eigenkapitalsituation zu stärken und sie krisenfester zu machen, schlagen Industrie und Aktienforum vor. Konkrete Forderungen neben der Implementierung von fiktiven Eigenkapitalzinsen sind die Schaffung eines dauerhaften Verlustrücktrags nach deutschem Vorbild, die Abzugsfähigkeit der Gewinnrücklage zur besseren Innenfi-

nanzierung über einbehaltene Gewinne und die Stärkung von Mezzaninkapital. Hilfreich für Start-ups und KMU wären zudem rechtliche Grundlagen für Wagniskapitalfonds, die Anpassung der Veranlagungsrichtlinien institutioneller Investoren, um in Start-ups und KMU investieren zu dürfen, sowie die steuerliche Absetzbarkeit von Anschub- und Wachstumsfinanzierungen für innovative Start-ups und KMU.

Keine neuen Belastungen

Selbstverständlich darf es im Gegenzug nicht zu neuen Belastungssteuern kommen. „Steuern auf Finanztransaktionen wären gerade für den im internationalen Vergleich sehr kleinen heimischen Börsenstandort äußerst schädlich“, so Aktienforum-Präsident Ottel. Für IV-Präsident Georg Knill ist klar:



„Der Kapitalmarkt ist keine Elitenveranstaltung, sondern spielt in unser aller Leben eine wichtige Rolle. Die Menschen vom Kapitalmarkt fernzuhalten, ist unsozial. Und gerade Krisen zeigen, wie wichtig das Instrument des Eigenkapitals für Unternehmen ist. Von einem erfolgreichen Kapitalmarkt mit modernen Rahmenbedingungen profitieren Betriebe und ihre Mitarbeiter.“

DIE ZENTRALEN ERGEBNISSE ZUM THEMA „ANLEGEN AM AKTIENMARKT – BEFRAGUNG DER ÖSTERREICHISCHEN BEVÖLKERUNG“ AUF EINEN BLICK:

- Jede Vierte/jeder Vierte, der noch nicht an der Börse veranlagt ist, ist prinzipiell am Kauf von Aktien, Anleihen, Investmentfonds etc. interessiert.
- Nur 4 Prozent geben an, sich sehr gut mit Veranlagungen an der Börse auszukennen.
- Für 12 Prozent hat sich der Blick auf die Aktienmärkte in der Corona-Pandemie zum Kritischen verändert, nur für 7 Prozent zum Positiven.
- Beinahe jede Vierte/jeder Vierte gibt an, dass sich ihr/sein Anlege- oder Sparverhalten in der Corona-Pandemie grundsätzlich verändert hat. 40 Prozent antworten, jetzt mehr zu sparen.
- „Fehlendes Wissen über den Aktienmarkt“ als Vorbehalt, warum man nicht am Aktienmarkt aktiv wird, trifft für 40 Prozent „voll zu“ und weitere 20 Prozent „eher zu“.
- 44 Prozent halten Wirtschafts- und Finanzbildung in den Schullehrplänen für eine „sehr gute Idee“, um Österreicherinnen und Österreicher zu motivieren, an der Börse zu investieren.

Quelle: Anlegen am Aktienmarkt Befragung der österreichischen Bevölkerung, Peter Hajek Public Opinion Strategies; n=1.000

IPCEIs sind das Ticket in die Zukunft

Mit den Important Projects of Common European Interest (IPCEI) will Europa seine Technologiesouveränität in strategisch wichtigen Bereichen steigern. Bei IPCEI Batterien hat sich Österreich nun einen Platz am Tisch der großen Technologienationen gesichert.

Der Start des „IPCEI Batterien“ im Jänner 2021 stellt einen Meilenstein in der österreichischen Technologiepolitik dar. Das paneuropäische Großprojekt zum Thema Batterien ist das erste sogenannte „Important Project of Common European Interest (IPCEI)“, das mit österreichischer Beteiligung durchgeführt wird. Sechs rot-weiße Unternehmen engagieren sich in dem Vorhaben, das von insgesamt 42 Unternehmen und von der IV mit Nachdruck federführend unterstützt wurde. Europa soll zum führenden Standort für Batterieentwicklung und Produktion ausgebaut werden – vom Abbau von Rohstoffen über die Batteriezellproduktion, der Produktintegration bis hin zum Recycling. Dafür nimmt Europa 2,9 Mrd. Euro an öffentlichen Mitteln in die Hand.

Technologische Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft

Überall in Europa werden über IPCEIs trans-europäische Konsortien aufgebaut, um technologische Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft auf den Weg zu bringen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Die Projekte steigern aber auch die Technologiesouveränität Europas



in strategisch bedeutsamen Bereichen. Wie wichtig das ist, hat die COVID-Krise vor Augen geführt, als Schutzausrüstung innerhalb kurzer Zeit zum Mangelgut geworden ist. Wenn es aber um Technologiesouveränität geht, steigen die Herausforderungen aufgrund der erhöhten Komplexität nochmals deutlich. Diesen Wettstreit kann nicht jedes EU-Land im Alleingang gewinnen, dies kann nur im europäischen Zusammenspiel gelingen.

Österreich verfügt über eine Reihe von technologisch führenden Unternehmen. Es muss alles darangesetzt werden, diese Frontrunner in strategischen Wertschöpfungsketten in Europa zu positionieren. Dies gilt für die Mitwirkung Österreichs am schon fortgeschrittenen IPCEI Mikroelektronik I ebenso wie für neue Vorhaben insbesondere im Bereich Wasserstoff, Mikroelektronik II oder LowCO₂, die in Europa schon massiv vorangetrieben werden. Die IV tritt dafür ein, die noch nicht budgetierten IPCEIs prioritär aus dem österreichischen EU-Wiederaufbau-fonds zu lukrieren. Denn IPCEIs schaffen auch für kleine Staaten wie Österreich einen Platz am Tisch der großen Technologienationen, um als ebenbürtige Partner an Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Gesellschaft mitzuwirken.

AKTUELLES IN KÜRZE

IV-TEACHER'S AWARD geht in nächste Runde

2021 zeichnet die Industrie wieder herausragende pädagogische Leistungen aus. Prämiert wird zudem besonderes Engagement in Corona-Zeiten.

Die Unterstützung zahlreicher Mitgliedunternehmen hat es auch heuer wieder möglich gemacht: Seit Mitte Februar läuft – in Kooperation mit Neustart Schule – die Ausschreibung des nunmehr neunten IV-TEACHER'S AWARD. Alle 2 Jahre verleiht die Industriellenvereinigung die Auszeichnung, um fachlich herausragende Leistungen von Pädagoginnen und Pädagogen in Kindergärten und Schulen anzuerkennen, wertzuschätzen und zu prämiieren.

Corona geht natürlich auch am IV-Teacher's Award nicht spurlos vorüber. Seit März 2020 stehen auch Pädagoginnen und Pädagogen vor enormen, auch zeitintensiven Herausforderungen. Trotzdem erwartet die IV zahlreiche Einreichungen. Denn gerade in einer außergewöhnlichen Zeit wie dieser sollen positive Beispiele für pädagogisches Handeln vor den Vorhang geholt und Pädagoginnen wie Pädagogen in ihrer weiteren Motivation bestärkt werden. Deshalb werden heuer zusätzlich Sonderpreise zum Thema „Lehren und Lernen in Corona-Zeiten“ vergeben.

In folgenden sechs Kategorien können beim IV-TEACHER'S AWARD 2021 Projekte eingereicht werden:

Elementarpädagogik:

Lernen von 0 bis 6

Individualität:

Umgang mit Vielfalt

Wirtschaftskompetenz:

Lernen für Beruf und Alltag

MINT:

Begeisterung für Technik und Innovation

Sonderpreis:

Lehren und Lernen in Corona-Zeiten (Elementarpädagoginnen/-pädagogen)

Sonderpreis:

Lehren und Lernen in Corona-Zeiten (Lehrkräfte in Schulen)

Einreichungen sind noch bis **30. April 2021** direkt auf der Homepage www.iv-teachersaward.at möglich. Die Preisverleihung ist für 28. September 2021 mit Bildungsminister Heinz Faßmann im Haus der Industrie geplant.

Klimavolksbegehren wird im Parlament behandelt

Die Industrie unterstützt in zahlreichen Bereichen eine konsequente Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen – dabei darf aber nicht auf standortpolitische Notwendigkeiten verzichtet werden.

Bereits im vergangenen Jahr haben rund 380.000 Personen das Klimavolksbegehren unterzeichnet. Damit kommt es auf Rang 19 aller Volksbegehren, knapp hinter dem jüngsten Tierschutzvolksbegehren und der Bildungsinitiative Volksbegehren aus 2011. Im März erfolgt die finale Ausschussbehandlung, bei der auch ein Entschließungsantrag gefasst werden soll.



Gefordert werden etwa die Festschreibung eines verbindlichen, wissenschaftlich fundierten CO₂-Budgets und die Einrichtung eines Klimarechnungshofs, der die Einhaltung der jährlichen CO₂-Ziele prüfen soll, sowie der Abbau klimaschädlicher Subventionen oder die Einführung einer ökosozialen Steuerreform.

Rahmenbedingungen für energieintensive Unternehmen sichern

Die Industriellenvereinigung unterstützt in zahlreichen Themen eine konsequente Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen, allerdings ohne dabei auf standortpolitische Notwendigkeiten zu verzichten. In diesem Sinne steht die IV wesentlichen Forderungen des Klimavolksbegehrens grundsätzlich

positiv gegenüber, ohne gleichzeitig überschießende Forderungen mitzutragen:

- Unterstützt werden verbindliche Gesamt- und Sektorziele im Rahmen des Klimaschutzgesetzes insbesondere mit einem Verantwortlichkeitsmechanismus zwischen Bund und Ländern. Nicht jedoch ein verbleibendes CO₂-Budget in einer Höhe, die sich weder aus dem Pariser Abkommen ergibt noch in irgendeiner Form realistisch dargestellt werden kann.
- Klimaschädliche Subventionen sind berechtigterweise zu hinterfragen, aber eine Abschaffung der standortkritischen Energiesteuerrückstattung für energieintensive Unternehmen wird auf den erbitterten Widerstand der IV stoßen.
- Natürlich ist die Einhaltung der CO₂-Ziele zu überprüfen, wie dies durch das Umweltbundesamt mit seinen rund 600 Mitarbeitern seit vielen Jahren höchst professionell geschieht. Eine neue Institution wie ein „Klimarechnungshof“ ist dafür nicht erforderlich.
- Auch der Diskussion einer Steuerreform mit klimapolitischer Ausrichtung wird sich die IV nicht verschließen, solange standortpolitische Notwendigkeiten nicht in Frage gestellt werden.

Aus Sicht der Industriellenvereinigung ist es sinnvoll, dass Anliegen in der Gesellschaft über Volksbegehren direkt ins Parlament getragen werden. Eine gründliche und verantwortungsvolle Vorbereitung von konkreten rechtlichen Vorhaben kann damit jedoch nicht ersetzt werden.



Die Preisträgerinnen und Preisträger des IV-TEACHER'S AWARD 2019 mit IV-Ausschussvorsitzendem Axel Kühner und der damaligen Bildungsministerin Iris Rauskala

Mit strategischen Investitionen aus der Krise

JI-Mitglied Christian Winkelhofer ist Managing Director von Accenture Österreich – im Interview führt er aus, warum es für ordentliche digitale Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie nie zu spät ist.

Lieber Christian, was könnten digitale Lösungen beitragen, um weitere Öffnungsschritte zu unterstützen?

Die neuen Technologien helfen uns im Kampf gegen Corona. Leider ist die Stopp-Corona-App zum Politikum geworden, aber die App hat noch immer enormes Potenzial: Sie kann dazu dienen, Testnachweise und später Impfnachweise zu erbringen. Contact Tracing funktioniert automatisiert und die App kann in die andere Richtung für Wirte oder Frisöre die Überprüfbarkeit von Zutrittstests erleichtern.

Bei der Organisation der Corona-Impfungen hat man sich hierzulande für einen föderalen Weg entschieden. Da gab es deinerseits Kritik – warum?

Eine österreichweite Impfmanagement-Plattform ist das einzig Sinnvolle. In einem föderalen System erfinden wir neunmal das Rad neu. Es wäre auch heute nicht zu spät, ein zentrales System einzusetzen. Die Krise wird uns noch einige Monate begleiten. Und die Krise ist teuer. Ein zentrales Impfmanagement ist nicht nur für Logistik zuständig, es kann als Planungs- und Steuerungstool

eingesetzt werden und hat einen sozioökonomischen Effekt, denn es kann die Menschen abholen. Eine intelligente Plattform errechnet Impftermine, informiert die Betroffenen, ermöglicht eine persönliche Ansprache. All das erhöht die Impfbereitschaft. So kommen wir schneller und effizienter dem Ziel einer hohen Durchimpfungsrate näher.

Hätten nicht gerade ältere Personen Schwierigkeiten mit einem solchen System?

Jeder profitiert von neuen Technologien und der Digitalisierung – auch ältere Personen, die vielleicht selbst kein Smartphone oder einen Internetzugang haben. Intelligente Systeme können analoge Systeme integrieren. Ein digitalisiertes Call Center oder ein SMS-Dienst können zum Beispiel Schnittstellen sein.

Was könnte sich Österreich deiner Meinung nach von anderen Ländern abschauen?

So wie Österreich aktuell mit der Teststrategie eine Vorreiterrolle einnimmt, gibt es für jeden Bereich der Krise internationale Vorzeige-Beispiele: das digitale Impfmanagement in Bayern, Contact Tracing

in Finnland, Cluster Tracing in Südkorea, Datentransparenz in Dänemark, digitale Nachweise in Singapur, Reisemanagement in Neuseeland... Wir sollten in Österreich bei allen Bereichen eigene, passgenaue digitale Lösungen entwickeln oder übernehmen und bewusst in hochmoderne Projekte und Lösungen investieren.



Neue Wege gehen

Der klassische Kommentar heute einmal kürzer – ganz bewusst!

Wir haben beschlossen, den „klassischen“ Aufbau der bundesweiten Seite der JI in den iv-Positionen neu und zwar flexibler zu gestalten. Erstes Opfer ist dabei diesmal mein eigener Kommentar. Denn wir wollen ganz bewusst mehr Raum schaffen, damit JI-Mitglieder sowie Expertinnen und Experten zu Wort kommen können oder um z.B. spannende und überraschende Fakten zu präsentieren.

Diesmal steht leider das Thema Corona im Mittelpunkt – klar, wir können es alle nicht mehr hören, aber es hilft ja nichts. Fakt ist, dass digitale Lösungen eine große Hilfe dabei sein könnten, wieder zu einer „neuen“ Normalität zu kommen. Dafür ist es nie zu spät – selbst die WHO sieht ein Ende der Pandemie inzwischen frühestens 2022. Wer also mit smarten Lösungen früher aus der Krise kommen wird, wird auch im globalen Wettbewerb die Nase vorn haben.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

IV-BUCHTIPP



Risikomanagement in Zeiten der Corona-Krise

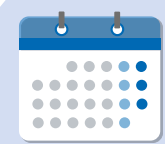
Im nunmehr vierten Band dieser Jahrbuchreihe finden sich insgesamt 22 Texte von 39 Autorinnen und Autoren aus Österreich, Deutschland und der Schweiz, unter ihnen auch IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Auch heuer wieder ist das Jahrbuch ein nützliches Nachschlagewerk für Interessierte in Unternehmen, Politik, Verwaltung, Institutionen, Think Tanks sowie Universitäten und Fachhochschulen. Die Themeninhalte gliedern sich in drei Bereiche: Gesellschaft und Risiko, Digitalisierung und Sicherheit global mit den Schwerpunkten auf Konjunktur- und Branchenentwicklungen, Compliance-Management und Standards.

„Österreichisches Jahrbuch für Risikomanagement 2021“ erschienen bei TÜV AUSTRIA, 228 Seiten, A5, Paperback, ISBN 978-3-200-07491-0 Preis: 36,00 Euro zzgl. Ust, Bestellung: tuvaustria.com/fachverlag

JI-FACTBOX

Nur knapp 5 Prozent der Unternehmen in der DACH-Region sind bereits „data driven“ und erreichen damit den höchsten digitalen Reifegrad. Die Mehrheit der Unternehmen befindet sich im Mittelfeld (Studie von Freeform Dynamics, Sommer 2020).

JI-TERMINE



4 Montage, 4 Expertentalks

Moderne Kinderbetreuungsangebote und der beste Rahmen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind Herzensanliegen der JI-Steiermark. Der März wurde nun zum „Monat der Kinderbetreuung und der Vereinbarkeit“ ausgerufen und ein spannendes Programm entwickelt, um möglichst viele Aspekte des komplexen Themas zu beleuchten. Das Ziel: Die Steiermark möchte Spitzenreiter werden, wenn es darum geht, Familie und Job bestmöglich vereinbar zu machen. Alle Talks finden online statt, jeweils montags ab 17:00 bzw. 18:00 Uhr:

8. März 2021 | 17:00 Uhr Auf die Plätze, fertig, los.

Wo liegen beim Betreuungsangebot für 0-6-Jährige aktuell die größten Herausforderungen? Mit Cordula Schlamadinger (Kinderdrehscheibe Steiermark), Michaela Linhart (Geschäftsführerin Verein Tagesmütter Steiermark)

15. März 2021 | 18:00 Uhr Geht nicht, gibt's nicht.

Wie Gemeinden bereits untereinander und mit Unternehmen erfolgreich in Sachen Betreuungsangebot kooperieren. Mit Stefan Helmreich (Bürgermeister Lieboch), Stefan Hofer (LABg. und Bürgermeister Turnau), Heidi Schuster-Burda (LABg. und Vize-Bürgermeisterin Höchst)

22. März 2021 | 17:00 Uhr Alles nur eine Frage des Mindsets?

Warum ist Vereinbarkeit in Skandinavien möglich und 50:50 kein Joker? Mit Adriana Lender (ehem. GD staatl. Versicherungskasse Schweden)

29. März 2021 | 17:00 Uhr Der springende Punkt.

Wie werden aus unseren Ideen umsetzbare Lösungsvorschläge und was muss sich gesellschaftspolitisch verändern? Mit Wolfgang Mazal (Familienforscher)

Bei Interesse bitte um Anmeldung bei Renate Pichler (renate.pichler@iv.at)

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Robert Albrecht, Stefan Tilsner. Lektorat: Brigitte Mayr. Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300. Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Buchdruckerei Lustenau/Fasching, AdobeStock, IV-Burgenland/AdobeStock, IV-Kärnten, IV-NÖ/AdobeStock, IV-OÖ, IV-Salzburg/IV Eva trifft, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol/NEC, IV-Vorarlberg/AdobeStock, IV-Wien/ AdobeStock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



IV-Zukunftsmonitor: Wiener blicken trotz Krise positiv in die Zukunft

Die Industriellenvereinigung hat gemeinsam mit dem Forschungsinstitut IFES erhoben, wie es im Jahr 2020 um den sozialen Zusammenhalt und die Lebensqualität in Österreich bestellt war und was sich die Österreicher von der Zukunft versprechen. Wien zeigt sich dabei als ein Hort des vorsichtigen Optimismus.

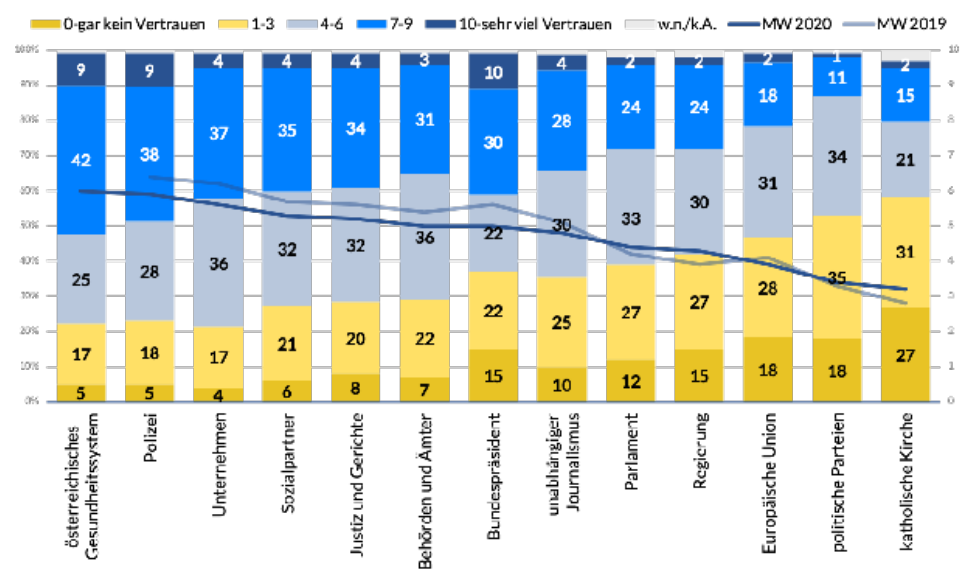
Der IV-Zukunftsmonitor, die jährliche Untersuchung von IV und IFES zum Zustand der österreichischen Gesellschaft, stand 2020 unter dem Eindruck der Corona-Pandemie und ihrer sozialen und ökonomischen Folgewirkungen. Wengleich das Wohlbefinden der Österreicher insgesamt stabil geblieben und der Blick in die Zukunft von Hoffnung getragen ist, hat die Krise dennoch tiefe Spuren in der Lebenszufriedenheit der Österreicher hinterlassen. So waren im letzten Jahr nur 65 Prozent der Befragten mit ihrem Leben zufrieden oder sehr zufrieden, während es 2019 noch 73 Prozent waren. Der Anteil der

Unzufriedenen ist im selben Zeitraum von 10 auf 15 Prozent gestiegen.

Auch das Vertrauen der Befragten in öffentliche Institutionen hat unter der Krise gelitten. Bis auf Bundesregierung, Parlament und katholische Kirche haben alle im Zukunftsmonitor erfassten staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen an Vertrauen verloren. Insgesamt konnte nur das österreichische Gesundheitssystem noch einen Vertrauenswert von über 50 Prozent erreichen.

In einer Gesamtschau aller erhobenen Indikatoren zeigt sich aber nichtsdestotrotz, dass die Menschen im Land mit Wohlstand und Le-

Vertrauen der Österreicher in Institutionen



bensqualität, trotz des pandemie-bedingten Einbruchs, nach wie vor überwiegend zufrieden sind, während es bei den großen gesellschaftlichen Herausforderungen wie dem Umweltschutz oder der Chancengleichheit noch Verbesserungspotenzial gibt. Menschen mit höherem formalen Bildungsabschluss sind dabei durchwegs zufriedener und optimistischer als Menschen mit niedrigem Bildungsniveau, wohingegen das Geschlecht kaum Einfluss auf die Beurteilung hat.

Eine bemerkenswerte Bruchlinie zeigt sich allerdings, wenn man die Ergebnisse nach dem Wohnumfeld betrachtet, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung seit 2019.

Gegenpole bilden hier die Städte (außer Wien) auf der einen, und die ländlichen Gebiete sowie Wien auf der anderen Seite. Während in den Städten die Indexwerte 2020 eingebrochen sind, wurde der Zustand der österreichischen Gesellschaft in Wien im Vorjahr sogar eine Spur besser bewertet als 2019. Ein Bild, das sich ganz besonders beim gesellschaftlichen Zusammenhalt und dem Vertrauen in die Politik bestätigt. Die Wiener haben also vergleichsweise großes Vertrauen in die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Stadt. Diesen Optimismus gilt es nun zu nützen, damit Wien möglichst rasch zurück auf den Weg der postpandemischen Erholung findet.



Junge Industrie Wien diskutierte Zukunft der Photovoltaik

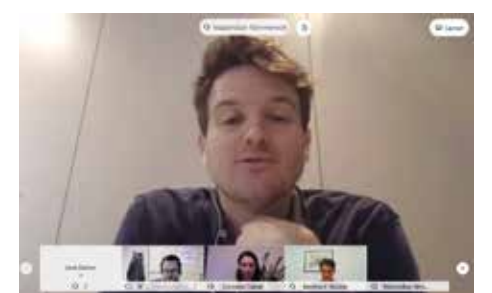
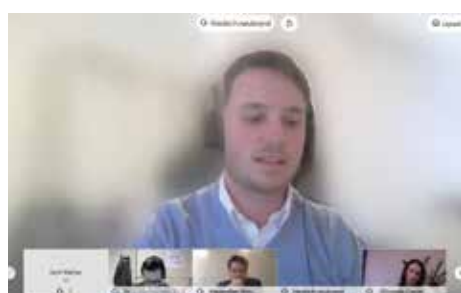
Im ersten JI-Wien Member.Talk des Jahres bat die Junge Industrie Wien Ende Jänner drei Branchenkenner aus den JI-Mitgliederreihen zum Gespräch über Pro und Contra der Photovoltaik.

Die Solarenergie ist aktuell in aller Munde. Sie gilt als ein zentrales Element der Energiewende und steht mitten in der politischen Diskussion, nachdem die Bundesregierung das Ziel ausgegeben hat, die Photovoltaikkapazitäten von knapp 2 auf 11 Terrawattstunden zu erhö-

hen und eine Million österreichische Dächer mit Photovoltaik auszustatten. Die Strombranche andererseits warnte zuletzt eindringlich vor einem erhöhten Blackout-Risiko durch die stärkere Nutzung erneuerbarer Energien. Was kann Photovoltaik leisten? Welche Rolle wird sie in unserem Energiemix spielen? Und wo liegen ihre Risiken?

Über diese und weitere Fragen diskutierte im gut besuchten, virtuellen Member.Talk Moderator Maxi Nimmervoll (Diamir Holding) mit den JI-Mitgliedern Cornelia Daniel (Dachgold), Bernhard Wüster (wüsterstrom) und Fritz Neubrand (Eney Development). Die Diskutanten waren sich dabei einig, dass Photovoltaik enorme ökologische und

wirtschaftliche Potenziale birgt und sich als Energiequelle auch breitflächig etablieren kann. Um die ambitionierten Erwartungen der grün-türkisen Bundesregierung an den Solarstrom zu erfüllen, wird allerdings eine weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen – im Dialog von Wirtschaft, Industrie und Politik – unerlässlich sein.



V.l.n.r.: Fritz Neubrand, Cornelia Daniel, Bernhard Wüster, Maxi Nimmervoll

Corona-Turnaround? Wir schaffen es: mit Anreizen statt Verboten!



Wenn die COVID-19-Krise in die nächste Runde geht, dann wird guter Rat wieder teuer – besser gesagt der fiskalpolitische Support. Wie lange kann und will sich das Land die aktuelle Strategie von Lockdown, Lockdown-Lockerungen und Rücknahme der Lockdown-Lockerungen – vulgo neuer Lockdown – eigentlich noch leisten? Es bedarf jetzt einer fundamentalen Strategieanpassung, um diese permanente Abwärtsspirale zu stoppen – vor allem auch psychologisch.

Die derzeitige Kommunikationsstrategie sowie die Maßnahmen der politischen Entscheidungsträger zeichnen jedenfalls ein verschwommenes, äußerst passives Bild, wie Österreich und auch das restliche Europa „irgendwann“ in eine gewisse Normalität zurückkehren sollen – persönliche Freiheiten inklusive. Der britische Ökonom, Politiker und Mathematiker John Maynard Keynes hätte posthum in der aktuellen Situation seine helle Freude daran gehabt, wie vielerorts sein „Deficit spending“ zum Einsatz kommt. Davon abgesehen bewegen wir uns aber von einem „Überwachen- und Strafen-Szenario“ zum nächsten, in der Hoffnung, hier irgendwie medizinisch und auch ökonomisch durchtauchen zu können. Kurzfristig mag das gelingen – in der jetzigen Marathonsituation hinterlässt das jedoch nur verbrannte Erde, auf der für die nächsten Monate kein Motivations-Nährboden entstehen kann. Doch genau so einen benötigen wir jetzt mehr denn je – mit positiven Anreizen, wie wir sie vor allem aus der Marktwirtschaft kennen. Die geeigneten wissenschaftlichen und technologischen Tools hierfür liegen auf der Hand: Testen und Impfen als konkrete Maßnahmen, um dieser Pandemie die Stirn zu bieten und sie

inzudämmen, und im Hintergrund die Digitalisierung als Hochleistungsinfrastruktur.

Wie diese Incentives konkret aussehen können, zeigt derzeit Israel: Der (digitale) „Green Pass“ soll künftig auch bei uns ein wesentlicher Gamechanger werden. So können etwa Geimpfte wieder ins Theater, Fitnessstudio oder Gasthaus gehen. Und auch eine Reisefreiheit ohne Quarantänepflicht ist nach Vorlage eines entsprechenden Passes geplant. Vor allem Letzteres zeigt das enorme Potenzial, wie mit Incentives der Wirtschaftsstandort Österreich fundamental gestärkt werden kann und auch muss. Denn die Möglichkeit zu unbeschränktem Reisen betrifft nicht nur den Leisure-Bereich. Auch für die Industrie ist es von essenzieller Bedeutung, dass internationale Schlüsselkräfte schnellstmöglich wieder verfügbar sind. Für einen Ausweg sind dabei vor allem internationale Abstimmungen notwendig. Nur so kann eine ganzheitliche Lösung gefunden und gleichzeitig ein starker Konjunkturmotor gezündet werden.

Die Argumente für ein fundamentales Umdenken sind also mehr als nur evident: Die Freiheit jedes Einzelnen wird in den kom-

menden Monaten neben dem Testen und Impfen auch von einer neuen Strategie der positiven Anreize abhängig sein, bei der die Bevölkerung Teil der Lösung wird. Denn umfangreiches Testen sowie eine flächendeckende Durchimpfung bringen nicht nur greifbare Vorteile für das Individuum in Form von weniger Einschränkung und mehr Freiheit mit sich – auch das Kollektiv und damit der Wirtschaftsstandort Österreich profitieren davon maßgeblich durch ein vermindertes Infektionsrisiko. Doch genau hierfür bedarf es einer Perspektive, damit jeder Einzelne wieder erkennt, wozu er selbst aus eigener Kraft und „Motivation“ im Stande ist – vielleicht auch ganz einfach deshalb, weil die richtigen Anreize geschaffen wurden.

Ihr

Christian C. Pochtler,
Präsident der IV-Wien

„Wien 2030“ im Zentrum der 6. Wiener Innovationskonferenz

Die IV-Wien gestaltete eine Breakout-Session zur „Smarten Produktion in der Großstadt“.

Von 25. bis 27. Jänner kam die Wiener Innovationscommunity zum sechsten Mal zur Wiener Innovationskonferenz zusammen, die dieses Jahr erstmalig im virtuellen Raum stattfand. Podiumsdiskussionen, Experten- und Kamingsgespräche bildeten ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm, während in Breakout-Sessions die sechs Spitzenthemen der Wiener Wirtschafts- und Innovationsstrategie „Wien 2030“ vorgestellt und diskutiert wurden.

IV-Wien-Geschäftsführer Johannes Höhrhan leitete als „Wien 2030“-Themenverantwortlicher die Session zum Spitzenthema „Smarte Produktion in der Großstadt“ und betonte in diesem Rahmen die Bedeutung, die dem produzierenden Bereich in Wien mit einem Drittel der städtischen Wertschöpfung und über 300.000 Beschäftigten zukommt. Um diese zentrale Rolle der produzierenden Unternehmen auch in Zukunft realisieren zu können und im Standortwettbewerb nicht ins Hintertreffen zu gelangen, ist es jedoch essenziell, Wien noch stärker als „Technologiemetropole“ von Weltrang zu positionieren und das High-Tech-Ökosystem in der Stadt weiter zu stärken. Vieles ist dabei jetzt schon vorhanden. So leistet eine

Reihe von Einrichtungen im Bereich „Smarte Produktion“ wichtige Pionierarbeit, um der Vision von Wien als Technologiehub schrittweise näher zu kommen. Der EIT Manufacturing Hub Wien, das Center for Digital Production (CDP), der Maker Space „Happy Lab“ oder die TU Wien Pilotfabrik Industrie 4.0 sind hier nur einige der vielen Beispiele.

Um das vorhandene Potenzial des „Produktionsclusters Wien“ aber noch besser auszuschöpfen, gilt es in Zukunft, die vorhandenen Kompetenzen stärker zu bündeln und weiter entlang klarer Stärkefelder zu fokussieren. Besondere Bedeutung kommt dabei etwa der Produktion in der Gesundheitswirtschaft oder im Bereich der Stadttechnologien – wie der schienengebundenen Mobilität – zu. Darüber hinaus sollte auch gezielt in digitale Zukunftstechnologien wie die additive Fertigung investiert werden, bei denen Wien schon jetzt weltweit unter den technologischen Spitzenreitern ist.

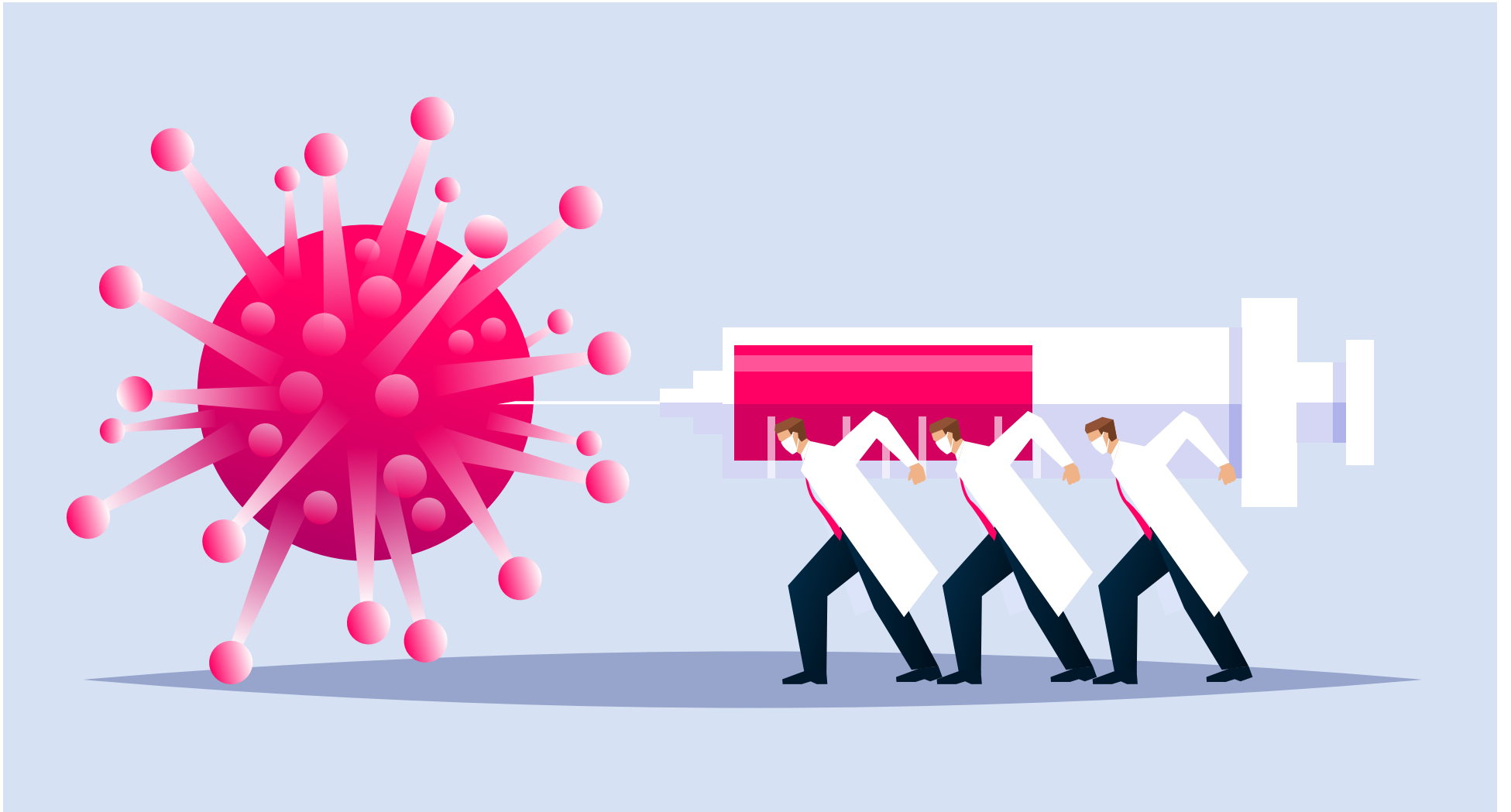
In diesem Punkt waren sich auch die beiden Keynote Speaker der Breakout-Session, Christoph Pollak, Geschäftsführer des CDP und Oliver Csendes, selbstständiger Innovationsberater, einig, wobei Letzterer in diesem Zusammenhang auch noch auf die besondere Rolle von Start-ups und Scale-ups



für High-Tech-Innovationen hinwies. Abgerundet wurde die Session durch spannende Videoprofile von Boehringer Ingelheim, EVVA, Lithoz und Rebel Meat, die einen Einblick in die große Bandbreite innovativer Wiener Produktionsunternehmen boten.

WEBTIPP

Alle Sessions finden Sie unter:
<https://innovationskonferenz-wien.at>



„Die Industrie ist ein wichtiger Partner des Gesundheitswesens“

Peter Hacker, Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport der Stadt Wien, sprach mit den iv-positionen über Wiener Testangebote, die baldige Impfung von Schlüsselpersonal und aktuelle Vorhaben der Wiener Gesundheitspolitik.



ZUR PERSON

Peter Hacker,
Gesundheitsstadtrat der Stadt Wien

Die Wiener Industrie arbeitet intensiv mit der Stadt Wien und insbesondere Ihrem Ressort zusammen, um ein möglichst breitflächiges betriebliches Testangebot in der Stadt anzubieten. Zuletzt haben Sie in diesem Zusammenhang auch das Projekt „Alles gurgelt“ vorgestellt, das es Wiener Betrieben erlaubt, ihren Mitarbeitern kostenfrei regelmäßige PCR-Gurgeltests zu ermöglichen. Wie können sich IV-Wien-Mitgliedsunternehmen an dieser Initiative beteiligen? Welche weiteren Schritte sind zum Ausbau des Testangebots in Wien geplant?

Das Projekt „Alles gurgelt“ wird von der Wirtschaft bzw. von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bisher sehr gut

angenommen. Interessierte Unternehmen können sich gerne unter <https://allesgurgelt.at> registrieren lassen und mitmachen. Derzeit haben wir neun Teststraßen in Wien, 30 Checkboxes, wo ebenfalls Testungen vorgenommen werden können, das Projekt „Alles gurgelt“, die Testungen in den Bildungseinrichtungen und in den Kranken- und Pflegeeinrichtungen und in den Apotheken kann man sich ebenfalls kostenlos testen lassen. Wir haben durchschnittlich zwischen 40.000 und 50.000 Tests pro Tag. Das ist ein enormes Testaufkommen und zeigt, dass die Wienerinnen und Wiener keineswegs testfaul sind. „Alles gurgelt“ soll aber weiter ausgerollt werden – auch für private Gurgeltests daheim.

Sie haben kürzlich in Aussicht gestellt, dass bestimmte Kategorien von Schlüsselkräften aus Wiener Betrieben – etwa jene, die zwingend ins Ausland reisen müssen – möglicherweise schon in Phase 2 geimpft werden könnten. Die Wirtschaftskammer Wien erhebt zu diesem Zweck gerade im Auftrag der Stadt, und in enger Abstimmung mit der IV-Wien, den entsprechenden Bedarf in den Unternehmen. Wann rechnen Sie damit, dass für diese Gruppen eine Impfung verfügbar sein wird und welcher Impfstoff wird hier zum Einsatz kommen?

Ja, das stimmt. Ab Mitte März ist es so weit, wenn es bei den Lieferungen des Impfstoffes keine Probleme gibt. Es wird der Impfstoff von AstraZeneca zum Einsatz kommen, um Personal im hochexponierten betrieblichen Bereich impfen zu können.

Die rot-pinke Stadtregierung nimmt sich im Koalitionsabkommen u.a. vor, ein neues „Digital Health Kompetenzzentrum“ einzurichten, das die Akteure des Wiener Gesundheitsbereichs zu Themen wie Gesundheitsförderung, Telemedizin oder „AAL – Active & Assisted Living“ vernetzen wird. Wann soll dieses Zentrum in Betrieb gehen? Welche Möglichkeiten wird es für Wirtschaft & Industrie geben, sich hier einzubringen?

E-Health und Digitalisierung sind aus dem Gesundheitsbereich schon lange nicht mehr wegzudenken, gerade auch die Corona-Krise hat hier nochmals Impulse gesetzt, um Innovationen voranzutreiben. Beispielhaft ist etwa die App „Symptomchecker“: Wienerinnen und Wiener können mit einem einfachen Fragebogensystem ihren eigenen Corona-Verdacht besser einschätzen und gegebenenfalls auch eine Testung auslösen.

Die Industrie ist hier wichtiger Partner des Gesundheitswesens: Innovative Produkte führen dazu, dass die Behandlung verbessert wird und erhöhen auch die Servicequalität – beispielhaft sei hier die telemedizinische Betreuung von kardiologischen Implantaten erwähnt, die auch eine Betreuung außerhalb von Krankenanstalten ermöglicht. Um all die vielen Initiativen unter eine Klammer zu bringen, hat die Wiener Stadtregierung die Vision formuliert, dass die Stadt Wien hier eine aktive Rolle übernehmen soll. Das formulierte Zielbild eines „Digital Health Kompetenzzentrums“ soll nun weiter geschärft werden – im nächsten

Schritt ist dann eine Vernetzung und Akkordierung der Akteurinnen und Akteure im Gesundheitswesen angedacht.

Das Koalitionsabkommen nennt als einen der drei großen Forschungsschwerpunkte der nächsten Jahre das Thema „Präzisionsmedizin“. Auch in der Wiener Wirtschafts- und Innovationsstrategie „Wien 2030“ findet sich mit dem geplanten „Zentrum für Präzisionsmedizin“ der Medizinischen Universität bereits ein Leitprojekt zu diesem Thema. Welchen Stellenwert hat die „Präzisionsmedizin“ für Sie als Gesundheitsstadtrat? Welche weiteren Bereiche werden im Wiener Gesundheitswesen in den nächsten Jahren eine besondere Rolle spielen?

Wien ist stolz auf den Sitz der MedUni Wien am AKH. Wissenschaft & Forschung sind Impulsgeber für die Medizin. Daher beteiligt sich die Stadt Wien an der Finanzierung des Zentrums für Translationale Medizin und Therapien. Die Erkenntnisse der Forschung werden in die Versorgung der Patientinnen und Patienten übergeführt nach dem Motto „from bench to bedside and back“. Dieses Zentrum ist im Zusammenspiel mit zwei weiteren Forschungsbauenden der MedUni zu sehen: das Zentrum für Präzisionsmedizin und das Zentrum für Technologietransfer. Mit diesen Investitionen in Wissenschaft & Forschung wird garantiert, dass die Patientinnen- und Patientenversorgung am Medizinstandort Wien und dem AKH Wien weiterhin in der bestmöglichen Qualität erfolgt.